

Börse

SMI
10057 Punkte

-0.1%



Die Besten

Swisscom N	+0.9%
Roche GS	+0.7%
Alcon N	+0.5%

Die Schlechtesten

SGS N	-1.8%
Sika N	-1.0%
Nestlé N	-0.9%

Dow Jones Ind. 26935 Punkte

Nasdaq Comp. 8118 Punkte

-0.5% -0.8%

Euro in Franken	1.093	-0.40%
Dollar in Franken	0.993	0.03%
Euro in Dollar	1.100	-0.44%
GB-Pfund in Franken	1.241	0.11%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	64.79	0.5%
Gold (Unze) in Dollar	1503.80	0.2%
Silber (Unze) in Dollar	17.79	-0.1%

Nachrichten

Neue Steuerregeln mit den USA

Abkommen Ab sofort gelten neue Regeln in der Steueramtshilfe zwischen der Schweiz und den USA. Es wird nicht mehr zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug unterschieden, weder bei Einzel- noch bei Gruppensuchen. Nach jahrelanger Verzögerung ist am Freitag ein Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen in Kraft getreten. Es handle sich um einen Meilenstein in den steuerlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA, schreibt das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen. Das geänderte Abkommen erleichtert es den US-Behörden, bei Verdacht auf Steuerhinterziehung bei den Schweizer Behörden Informationen einzuholen. (sda)

Investitionen in erneuerbare Energien

Internetkonzern Google will massiv in erneuerbare Energien investieren. In einem Blog-Eintrag kündigte Google-Chef Sundar Pichai zum internationalen Aktionstag der Fridays-for-Future-Bewegung den «grössten Einkauf von erneuerbaren Energien in der Geschichte» an. (sda)

Sunrise-Aktionäre für UPC-Übernahme

Telecom Nach den kritischen Ak-

Firmenchefs wollen Planungssicherheit

Klimaziele Economiesuisse trägt neu ein CO₂-Inlandziel mit, ist aber weiterhin gegen eine Flugticketabgabe und eine Verteuerung des Heizöls. Derweil fordern über 70 Wirtschaftsführer mehr Klimaschutz.

Stefan Häne

Es ist ein Appell. Und er richtet sich an den Ständerat, der nächste Woche das neue CO₂-Gesetz für die Periode von 2021 bis 2030 beraten wird: Mehr als 70 Chefs von Firmen der Schweizer Wirtschaft – vom KMU bis zum multinationalen Grosskonzern – fordern eine «wirkungsvolle Klimapolitik».

Das zeigt ein Schreiben, das vom 19. September datiert und dieser Zeitung vorliegt. Die Firmenchefs verlangen unter anderem ein fixes CO₂-Reduktionsziel im Inland, «das einen verbindlichen Absenkpfad bis 2050 auf netto null CO₂-Emissionen erlaubt». Ebenso «griffige» Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Energie, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft. So wie Mechanismen, die einen CO₂-Preis sicherstellen, der mit dem Ziel des Pariser Klimaabkommens in Einklang stehe.

Die Schweiz, schreiben die Firmenchefs, sei innovationsstark und verfüge über die Mittel, um jetzt in die Zukunft zu investieren. Dazu brauche es verbindliche Rahmenbedingungen, die den Unternehmen langfristige Planungssicherheit generierten. «Nur so können wir zukunftsfähige Geschäftsmodelle entwickeln und optimale Investitionsentscheide ermöglichen.» Unterzeichnet haben das Schreiben unter anderem Jörg Reinhardt von Novartis, Simona Scarpaleggia von Ikea, André Wyss von Implenja sowie Christian Mumenthaler von Swiss Re.

Weniger weit als Bundesrat

Ein Inlandziel unterstützt neu auch Economiesuisse. Gestern Freitag hat der Vorstand des Wirtschaftsdachverbands seine überarbeitete Position zum Klimaschutz präsentiert. Er trägt damit jenes Element mit, das SVP und FDP bei der Beratung des CO₂-Gesetzes im Nationalrat noch abgelehnt hatten – was massgeblich zum Scheitern der Vorlage im letzten Dezember beitrug. Economiesuisse geht allerdings weniger weit als der Bundesrat. Die Landesregierung



In die Zukunft investieren: Die Schweizer Wirtschaft bezieht Stellung in Klimafragen. Foto: Keystone

Die Firmenchefs verlangen unter anderem ein fixes CO₂-Reduktionsziel im Inland.

will die CO₂-Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 50 Prozent senken, davon mindestens 30 Prozentpunkte im Inland, den Rest mit Klimaschutzprojekten im Ausland. Der Wirtschaftsdachverband trägt das 50-Prozent-Ziel mit, will im Inland aber nicht 30 Prozentpunkte wie der Bundesrat einsparen, sondern nur 25.

Das Gebäudeprogramm, mit dem der Bund energetische Sanierungen finanziell unterstützt, will der Dachverband nicht mehr 2025 auslaufen lassen, sondern bis Ende 2030 verlängern. Eine Lenkungsabgabe auf Treibstoffe, also Benzin und Diesel, strebt er «mittelfristig» an.

Anders sieht es bei der Flugticketabgabe aus. Economiesuisse befürchtet «deutliche Wettbewerbs- und Standortnachteile», weil die Abgabe, die nach den Plänen der ständerätlichen Kommission 30 bis 120 Franken betragen soll, im Vergleich mit den umliegenden Ländern sehr hoch sei. Auch bestehe mit der Einführung einer

solchen Abgabe die Gefahr einer Überregulierung oder Mehrfachregulierung.

Die geplante Erhöhung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe auf 210 Franken pro Tonne lehnt der Wirtschaftsdachverband ebenfalls weiterhin ab. Heute bezahlen die Unternehmen 96 Franken pro Tonne, der maximal mögliche Satz liegt bei 120 Franken. Bereits heute habe die Schweiz die «höchste in der Breite umgesetzte CO₂-Abgabe der Welt», warnt der Verband.

Kritik aus der Wirtschaft

Noch nicht definitiv positioniert hat sich Economiesuisse zum Ziel des Bundesrats, die Schweiz bis 2050 klimaneutral zu ma-

chen. «Wir bekämpfen die angestrebte Dekarbonisierung an sich nicht», sagt dazu Geschäftsleitungsmitglied Kurt Lanz. Economiesuisse werde nun einen Vorschlag ausarbeiten, der aufzeige, bis wann und wie sich dieses Ziel erreichen lasse.

Die revidierte Position von Economiesuisse ruft Kritik hervor – in Wirtschaftskreisen. «Sie zeigt, dass der Verband bei der Klimapolitik im Stottergang unterwegs ist», sagt Christian Zeyer, Geschäftsführer des Verbands Swis cleantech. «Die Korrektur kommt zu spät und geht zu wenig weit.» Darum unterstütze Swis cleantech Initiativen wie den Aufruf der Firmenchefs für mehr Klimaschutz.